

**2021**

**Jahresrückblick  
der Fraktion  
Offenbach-Stadt**

***DIE LINKE.***

FRAKTION OFFENBACH-STADT

DIE LINKE. Fraktion Offenbach-Stadt  
nutzt den Doppelpunkt, um Frauen, Männer  
und Menschen, die sich keinem der  
Geschlechter zuordnen, anzusprechen. Der  
Doppelpunkt ermöglicht es dabei, dass der Text  
auch durch Lesehilfen verarbeitet werden kann.

# **Jahresrückblick 2021 der Fraktion DIE LINKE. Offenbach-Stadt**

# Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	4
Vorwort.....	5
Das sind wir.....	6
Unsere Anträge.....	10
Wahlsichtwerbung beschränken – Schilderwahn verhindern.....	10
Geflüchtete jetzt aufnehmen – Offenbach wird sicherer Hafen.....	12
Ankauf von Vonovia-Wohnungen.....	14
Legale Graffitiwände errichten.....	16
Evaluierung Masterplan / vorläufiger Planungsstopp Waldhof-West.....	18
Wohnungen statt Notunterkünfte.....	20
Cannabis-Modellprojekt – Offenbach geht voran .....	22
Schulungsreihe für Kulturschaffende.....	24
Transparente Stadtpolitik: Ergänzungen im PIO .....	28
Haushalt 2022: Bürger:innen besser einbeziehen.....	30
Erhalt des Wasserhäuschens am Starkenburgring 68.....	32
Nutzungsagentur für Offenbach.....	34
Haushaltsbegleitanträge.....	36
Kommunale Abgabe für Leerstand.....	36
MainArbeit in nachbarschaftlichen Sozialräumen ansprechbar machen.....	38
Empowerment durch politisches Mentoring für Mädchen und junge Frauen in Offenbach.....	40
Haushalt 2022.....	42
Notizen:.....	46
Impressum.....	47

# Vorwort

Liebe:r Offenbacher:in,

das Jahr 2021 liegt hinter uns und ich denke wir können festhalten, dass es ein turbulentes Jahr gewesen ist.

Seit der Kommunalwahl im März 2021 setzt sich DIE LINKE. Fraktion Offenbach-Stadt aus drei alten und drei neuen Stadtverordneten zusammen. Neben Marion Guth, Markus Philippi und mir sind Sophie Steiner, Gizem Erinç-Çiftçi und Maike Reichartz in die Stadtverordnetenversammlung eingezogen.

Als LINKE stellen wir damit die jüngste und weiblichste Fraktion in dieser Legislatur. Dabei haben wir uns insbesondere gefreut, dass es uns gelungen ist, im Vergleich zum letzten Wahlergebnis noch einmal deutlich zuzulegen.

Überschattet von der Corona-Pandemie stand die Fraktion in diesem Jahr vor besonderen Herausforderungen. Sitzungen in digitaler Form, neue Mitglieder, Digitalisierung, all das waren Themen, die unsere Aufmerksamkeit in besonderem Maße verlangt haben.

In diesem Heft möchten wir deshalb unsere inhaltliche Arbeit dieses Jahres darstellen. Welche Anträge haben wir gestellt? Wie sind diese behandelt und letztlich abgestimmt worden?

Wir hoffen, dass wir damit einen guten Beitrag zur Transparenz der Offenbacher Kommunalpolitik leisten können. Für Fragen und Anregungen sind wir selbstverständlich jederzeit ansprechbar.

**Sven Malsy**

Fraktionsvorsitzender

**Unsere Pressemitteilungen findest du unter diesem Link:**

**<https://die-linke-of-stadt.de/category/nachrichten-der-fraktion/>**

**Die einzelnen Anträge, die die Fraktion DIE LINKE. Offenbach-Stadt gestellt hat, sind hier nachzulesen:**

**<http://pio.offenbach.de/>**

## Das sind wir



### **Sven Malsy**

Fraktionsvorsitzender

Gremien:

Haupt-, Finanz-, Digitalisierungs-, und  
Beteiligungsausschuss

Verbandsversammlung ZWO

Aufsichtsräte: SOH, INNO, SBB, SFO

AG Feste, AG Straßenbenennung

### **Gizem Erinç-Çiftçi**

Stv. Fraktionsvorsitzende

Gremien:

Kommission zur gesellschaftlichen Gleichstellung der Frau

Regionalversammlung Südhessen

Landeswohlfahrtsverband

Betriebskommission ESO



### **Sophie Steiner**

Stadtverordnete

Gremien:

Kultur-, Schule-, Sport- und  
Städtepartnerschaftsausschuss

Ehrungskommission

Betriebskommission EKO

Aufsichtsrat OPG



## **Marion Guth**

Stadtverordnete

Gremien:

Stv. Stadtverordnetenvorsteherin

Ausschuss für soziales und Integration

Betriebskommission MainArbeit

Aufsichtsrat GBO

## **Maike Reichartz**

Stadtverordnete

Gremien:

Jugendhilfeausschuss

Sportkommission



## **Markus Philippi**

Stadtverordneter

Gremien:

Umwelt-, Stadtplanungs- und Verkehrsausschuss

Aufsichtsrat MMO





## Philipp Schumann

Ehrenamtliches Magistratsmitglied

Gremien:

Naturschutzbeirat

Philipp Schumann übernimmt das Amt unseres ehrenamtlichen Magistratsmitglieds. Er löst damit Agnes Stoffels ab, die dieses Amt in der vergangenen Legislaturperiode stets mit vollem Einsatz bekleidet hat.



Wir bedanken uns herzlich bei Agnes Stoffels für ihre Arbeit. Philipp Schumann gratulieren wir zu seiner Wahl und wünschen ihm viel Freude bei seinen Aufgaben als Stadtrat.



## Unsere Anträge

Nachfolgend findest du Informationen über alle Anträge, die wir dieses Jahr (seit den Wahlen im März) gestellt haben.



## Wahlsichtwerbung beschränken – Schilderwald verhindern

Zunächst alleine und bei der darauf folgenden Stadtverordnetenversammlung gemeinsam mit den Fraktionen der CDU, FREIE WÄHLER und Ofa haben wir beantragt, die Richtlinien über die Werbung und Wahlsichtwerbung zu prüfen und zu überarbeiten.

Alle Parteien und Wählergruppen sollten die selbe Anzahl an Plakaten genehmigt bekommen. Bei den Materialien der Plakate sollte auf die Recyclingeigenschaften geachtet werden. Eine Platzierung der Plakate vor Ampeln und

Vorfahrtszeichen sollte ausgeschlossen werden. Außerdem sollte die Beeinträchtigung von Fußgänger:innen und Radfahrer:innen ausgeschlossen werden. Der zeitliche Beginn der Plakatierung sollte so gewählt werden, dass eine Kontrolle des Plakatierungsbeginns gewährleistet ist. Plakate, die nicht den Richtlinien entsprechen, sollten binnen einer angemessenen Frist seitens der plakatierenden Partei, politischen Vereinigung oder Wählergruppe entfernt werden. Bei mehrfachen Verstößen sollte ein Bußgeld verhängt werden.

Die Koalition aus SPD, B'90/Die Grünen und FDP hat einen Änderungsantrag gestellt, in dem der Magistrat lediglich beauftragt wird, die Richtlinien über die Werbung und Wahlsichtwerbung zu prüfen und gegebenenfalls zu überarbeiten. Die Überarbeitung soll in Zusammenarbeit mit den Parteien erfolgen und die eventuell nötige Neufassung den Stadtverordneten im August 2022 zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

**Der Änderungsantrag der Koalition wurde mehrheitlich angenommen.**

## **Pressemitteilung zu unserem Ursprungsantrag:**

*von unserem Fraktionsvorsitzenden Sven Malsy:*

„Wir wollen, dass der Wildwuchs an Wahlplakaten begrenzt wird. Deshalb haben wir zur nächsten Stadtverordnetenversammlung einen Antrag gestellt, der fordert, dass die Stadt vor Wahlen an zentralen Stellen im Stadtgebiet große Plakatwände für die Parteienwerbung aufstellt. Die kleinen Wahlplakate aus Kunststoff oder Pappe sollen unzulässig sein.

Das Stadtbild wird im Wahlkampf von Schildern an Laternen und Straßenmasten dominiert. Die Schilder werden häufig als störend empfunden und können vom Straßenverkehr ablenken. Fahrradwege und Fußgängerwege werden durch die Plakate oft versperrt. Seit einigen Jahren findet sogar ein regelrechtes Wettrennen um die besten Plätze und die meisten Wahlplakate statt. Teilweise wird zu früh oder unzulässig plakatiert, nach den Wahlen bleiben meist einzelne Plakate zurück. Das ist weder nachhaltig, noch ist nachgewiesen, dass es einen großen Effekt auf die Wahlbeteiligung hat.

Deshalb sollen die kleinen Schilder durch große Plakatwände für Parteienwerbung an zentralen Plätzen ersetzt werden. Die Plätze auf den Wänden sollen paritätisch an die Parteien vergeben werden. Das verhindert den Schilderwald und ermöglicht trotzdem eine ausreichende Information zu den Wahlen.

Die Bundestagswahl steht vor der Tür und DIE LINKE befürchtet wieder eine ähnliche Materialschlacht wie vor der Kommunalwahl. Deshalb muss die Stadt schnell handeln und die Wahlsichtwerbung beschränken.“



Die Koalition aus SPD, B'90/Die Grünen und FDP hat einen Änderungsantrag gestellt, in dem sie lediglich die Zahl 200 gestrichen hat. Die Koalition wollte also keine Mindestanzahl von Menschen nennen, die Offenbach aufnehmen soll. Außerdem wurde der Magistrat beauftragt, sich für eine Übernahme der kommunal aufkommenden Kosten für Asylsuchende durch den Bund einzusetzen, insbesondere für Ausbildung und Qualifizierungsangebote.

## Geflüchtete jetzt aufnehmen – Offenbach wird sicherer Hafen

Wir haben gefordert, dass die Stadt Offenbach der Initiative „sichere Häfen“ - der sich mittlerweile über 250 Städte und Gemeinden angeschlossen haben und die sich solidarisch mit Menschen auf der Flucht erklärt, sich für sichere Fluchtwege einsetzt und Ankommen und Bleiben der Geflüchteten in Deutschland gewährleisten will - beiträgt und sich dazu bereit erklärt freiwillig 200 besonders schutzbedürftige geflüchtete aufzunehmen. Der Magistrat sollte dazu beauftragt werden, dies den relevanten Behörden zu kommunizieren und alle nötigen Vorkehrungen für die Aufnahme und Unterbringung zu treffen.

**Der Änderungsantrag  
der Koalition  
wurde mehrheitlich  
angenommen.**

## **Pressemitteilung zum Antrag**

*von unserer Stadtverordneten Maike Reichartz:*

„An den europäischen Außengrenzen spielen sich weiterhin dramatische Szenen ab. Fast täglich ertrinken Menschen bei dem Versuch, nach Europa zu kommen. Berichte, die die europäische Grenzschutzagentur Frontex beschuldigen, Flüchtlinge weiter in Gefahr zu bringen, statt sie zu retten, häufen sich. NGOs wie Sea-Watch werden aufgrund ihrer Arbeit in der Seenotrettung immer wieder kriminalisiert, während Frontex in aller Öffentlichkeit illegale Pushbacks durchführt. Diese Situation ist unerträglich.

Wer es trotzdem schafft, nach Europa zu gelangen, wird oft über Jahre in den Lagern an den Außengrenzen festgesetzt. Dort herrschen menschenverachtende Bedingungen. Die Lager sind völlig überfüllt, Strom und fließendes Wasser sind Mangelware, Toiletten ebenfalls. Die Menschen werden gezwungen, in unerträglichen hygienischen Verhältnissen zu leben. Die meisten Unterkünfte sind für die Witterungsbedingungen nicht geeignet. Im Sommer werden die Hütten unerträglich heiß und es gibt keinen Sonnenschutz, im Winter setzt heftiger Regen die Böden der Verschläge immer wieder unter Wasser.

Für die Kinder, die in den Lagern leben müssen, gibt es meist keine Möglichkeit, zur Schule zu gehen. Da die Kinder oft über Jahre in den Lagern sind, verlieren sie wertvolle Schuljahre. Zudem sind die Beschäftigungsmöglichkeiten stark eingeschränkt. Viele Kinder haben keine anderen Möglichkeiten, als buchstäblich im Müll zu spielen.

Die Erfahrungen von Flucht und Vertreibung haben bei vielen Kindern und Erwachsenen tiefe traumatische Spuren hinterlassen. Sie brauchen psychologische, oft auch psychiatrische Hilfe.

Beides bekommen sie in den Lagern nicht, stattdessen müssen sie die Enge und die miserablen Lebensbedingungen in den Lagern ertragen. Wegen der strengen Bedingungen, unter denen sie als Asylsuchende leben müssen, wird ihnen jede Möglichkeit genommen, ihre Lage aus eigener Kraft zu verbessern.

Dazu kommt, dass die Bewohner:innen der Flüchtlingscamps aufgrund der räumlichen Enge und der ohnehin mangelhaften medizinischen Versorgung der Ausbreitung des Coronavirus wenig entgegenzusetzen können. Betrachtet man die Situation in den Lagern, so erscheint ein Massenausbruch des Virus als logische Konsequenz der Umstände, in denen die Geflüchteten in den europäischen Lagern leben müssen.

DIE LINKE hat deshalb den Antrag gestellt, dass Offenbach der Initiative „Sichere Häfen“ beitrifft und freiwillig 200 besonders schutzbedürftige geflüchtete Personen aufnimmt.

Eine ähnliche Vereinbarung findet sich auch im Offenbacher Koalitionsvertrag, den SPD, Grüne und FDP geschlossen haben. DIE LINKE fordert, dass diese Ziele jetzt umgesetzt werden und nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden oder als bloße Lippenbekenntnisse enden. Die Situation in den Flüchtlingslagern ist menschenverachtend und muss sofort beendet werden. Offenbach kann damit ein Zeichen für einen menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten setzen.“



Die Koalition aus SPD, B'90/Die Grünen und FDP hat einen Änderungsantrag gestellt, im Zuge der Fusion das Gespräch zu suchen. Es soll eruiert werden, ob die Möglichkeiten des Ankaufs von Wohnungen besteht. Zudem soll das Ziel verfolgt werden, dass im Rahmen der Unternehmensübernahme ein gedämpfter Mietanstieg, wie in Frankfurt und Berlin, auch für Offenbach erreicht wird.

## Ankauf von Vonovia-Wohnungen

Wir haben beantragt, dass die Stadt Offenbach mit der Vonovia über den Verkauf von Wohnungen an die Stadt verhandelt. Hintergrund ist die Fusion der Wohnungskonzerne von Vonovia und Deutsche Wohnen. Offenbach sollte so einer weiteren Konzentration von Wohnungsbeständen gegensteuern und auf dem Wohnungsmarkt handlungsfähiger werden. Der Immobilienkoloss Vonovia wäre nach der Fusion im Besitz von 570.000 Wohnungen. Durch die Renditenorientierung des Konzerns und die Notwendigkeit die Übernahme der Deutsche Wohnen gegenzufinanzieren, werden die Mieten bei Vonovia langfristig noch weiter steigen. Die Verhandlungen sollten in Zusammenarbeit mit der GBO geführt werden.

**Der Änderungsantrag  
der Koalition  
wurde mehrheitlich  
angenommen.**

## **Pressemitteilung zum Antrag**

*von unserem Fraktionsvorsitzenden Sven Malsy:*

„In Offenbach gibt es immer weniger bezahlbare Wohnungen. Die Zahl der Sozialwohnungen sinkt seit Jahren. Die Fusion von Vonovia SE mit Deutsche Wohnen bietet die Gelegenheit, den Bestand an Sozialwohnungen zu erweitern. Die Stadt Offenbach muss sich bemühen, der Vonovia SE Wohnungen abzukaufen. Im Rahmen der Fusion mit Deutsche Wohnen hat Vonovia dem Berliner Senat 20.000 Wohnungen zum Kauf angeboten. Das sind 13% des Bestandes des dann fusionierten Konzerns in Berlin. Der Wiesbadener Wohnungsdezernent hat im Zuge dieser Nachrichten bereits Kontakt mit Vonovia aufgenommen, um einen ähnlichen Deal auszuhandeln. Auch in Dresden wird derzeit ein ähnlicher Vorstoß unternommen. Die Stadt Offenbach muss ebenfalls die eigenen Chancen ausloten, einen Anteil der Offenbacher Wohnungen zu erwerben und sie in das städtische Wohnungsportfolio aufzunehmen.

Die geplante Fusion von Deutsche Wohnen und Vonovia wird einen Immobilienkoloss in Deutschland entstehen lassen, der den Wohnungsmarkt zu seinen Gunsten beeinflussen kann. Schon jetzt ist Vonovia die größte private Wohnimmobiliengesellschaft Europas. Nach der Fusion wird der Konzern mehr als eine halbe Million Wohnungen in Deutschland besitzen. In Offenbach besitzen beide Unternehmen zusammen schätzungsweise 1200 Wohnungen.

Vonovia wird die Übernahme der Deutsche Wohnen in den nächsten Jahren gegenfinanzieren müssen. Für die Mieter:innen heißt das, dass die Mieten wahrscheinlich weiter steigen werden. Zudem häufen sich die Beschwerden über undurchsichtige Nebenkostenabrechnungen. Es ist zu

befürchten, dass die Konzentration auf dem überbelegten Wohnungsmarkt zu einer noch stärkeren Belastung der Mieter:innen führen wird. Die Stadt Offenbach sollte alle Hebel in Bewegung setzen, um den Wohnungsmarkt wieder ins Lot zu bringen und einer weiteren Konzentration von Wohnungsbesitz bei einer privaten Immobiliengesellschaft entgegenwirken.

DIE LINKE setzt sich für mehr sozialen Wohnraum in kommunaler Hand ein. Jede Wohnung, die Offenbach der Vonovia abkauft, ist eine Wohnung, in der die Menschen in größerer Sicherheit leben können.“



## Legale Graffitiwände errichten

In diesem Antrag haben wir gefordert zu prüfen, an welchen zentralen Standorten in Offenbach legale Graffitiwände eingerichtet werden können. Wichtig war uns dabei, dass es sich um Wände handelt, an denen sich die Künstler:innen spontan und ohne viel Bürokratie kreativ ausleben können. Die Wände sollten eine Mindestlänge von 15 Metern haben. Das Thema „illegale“ Graffiti beschäftigt die Verwaltung nicht erst seit dem Vorfall an der HfG. Bisher reagierte die Stadt aber einzig mit rigiden Verboten und auch die Idee ein „Graffiti-Mobil“ einzurichten stellt aus unserer Sicht keinen adäquaten Umgang dar, sondern zielt lediglich auf eine Verdrängung dieser Szene. Diese Szene zu kriminalisieren zeugt von Intoleranz gegenüber dieser Ausdrucksform und wird nicht verhindern, dass weiter gesprayed wird.

Die Koalition aus SPD, B'90/Die Grünen und FDP hat einen Änderungsantrag gestellt, in dem sie den Magistrat beauftragt in öffentlichen Raum geeignete Flächen für Graffiti-Sprayer, eine sogenannte „Hall of Fame“ ausweisen zu lassen. Ziel soll es sein, der lokalen und regionalen Street-Art-Szene legale Möglichkeiten zum Ausüben ihrer Kunst zu geben. Durch ein unkompliziertes Verfahren sollen die Flächen an Künstler:innen vergeben und vom Jugendamt in Kooperation mit den Quartiersmanagements geplant und durchgeführt werden. Darüber hinaus sollen weitere Flächen durch Kooperationen mit beispielsweise Baugenossenschaften, Privatpersonen, etc. erschlossen werden und das Material soll kostenneutral zur Verfügung gestellt werden.

**Der Änderungsantrag  
der Koalition  
wurde mehrheitlich  
angenommen.**

## **Pressemitteilung zum Antrag**

*von unserer Stadtverordneten Sophie Steiner:*

"Graffiti sind ein Ausdruck von urbaner Kultur. In Offenbach ist es aber schwierig, Flächen zu finden, auf denen legal gesprüht werden kann. Das muss sich ändern und deshalb haben wir einen Antrag gestellt, um legale Graffitiwände einzurichten. Solche Wände gibt es bereits in vielen anderen Städten. In Frankfurt wird zum Beispiel die Galerie am Ratswegkreisel regelmäßig von Sprayern genutzt. Statt grauer Betonwände entstehen dort immer wieder neue Wandbilder. Für die Nutzung gibt es Vereinbarungen, etwa dass die Bilder erst nach einem gewissen Ausstellungszeitraum übersprüht werden sollen. Diese Vereinbarungen werden weitestgehend eingehalten.

Wenn man Graffiti als Kunstform akzeptiert, muss man auch akzeptieren, dass Kunst gesehen werden will. Wichtig ist uns deshalb, dass die Flächen an zentralen Stellen liegen. Damit die Ausstellungszeiträume eingehalten werden können und gleichzeitig neue Bilder entstehen können, sollen die Standorte eine Mindestlänge von 15 Metern haben.

Bisher reagierte die Stadt einzig mit rigiden Verboten auf die lokale Graffitiszene. Die Idee der Stadt, ein „Graffiti-Mobil“ einzurichten, das neue Graffiti schnell beseitigt, zielt lediglich auf eine Verdrängung der Szene. Einerseits zeigt das eine große Intoleranz gegenüber den Sprayern, andererseits verhindert es nicht, dass in der Stadt weiter gesprüht wird. Das kann man rund um den Marktplatz gut beobachten.

Graffiti zu sprühen lernt man nicht in den eigenen vier Wänden. Ein gutes Graffito umzusetzen erfordert viel Übung, und dazu braucht man eben große Flächen, die man besprühen kann, auf denen man Spraytechniken

üben und Ideen verwirklichen kann. Gerade Offenbach, eine Stadt, die sich als einer der bundesweit führenden Kreativstandorte versteht, sollte hier mit positivem Beispiel vorangehen und Flächen für legale Graffiti ausweisen. Es gibt genug triste und graue Flächen in der Stadt, denen eine Aufwertung durch Graffiti gut tut."



Stadtverordnetenversammlung bis zum September 2021 vorgelegt werden.

Die in der Planung befindlichen städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen und Planungen für zukünftige Baugebiete sollten auf die Übereinstimmung mit den Ergebnissen der Evaluierung überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Die städtischen Planungen zum Baugebiet Waldhof-West sollten bis zum Ergebnis aussetzen.

## Evaluierung Masterplan / vorläufiger Planungsstopp Waldhof- West

Gemeinsam mit den Fraktionen der CDU, FREIE WÄHLER und Ofa haben wir einen Antrag gestellt, in dem der Magistrat beauftragt wurde, eine Evaluierung des Masterplans der Stadtentwicklung ergebnisoffen vorzunehmen und die Entwicklung des Flächenbestands bzw. -verbrauchs, des Wohnraums und der Einwohnerzahl im Vergleich zum Masterplan vom 25.02.2016 festzustellen.

Die Evaluierung sollte sich vertieft mit dem Handlungsfeld „Wohnen“ auseinandersetzen und Handlungsempfehlungen erarbeiten, insbesondere mit Blick auf die Rahmenbedingungen „generationenspezifische Wohnangebote und Wohnformen“ sowie „Klima“ und „Infrastruktur“. Die Ergebnisse sollten der

**Unser gemeinsamer  
Antrag wurde  
mehrheitlich  
abgelehnt.**

## **Pressemitteilung zum Antrag**

*von unserer Fraktionsvorsitzende Sven Malsy:*

„Der Masterplan ist überholt. Das Papier von 2016 hat falsche Prognosen für die Bevölkerungsentwicklung in unserer Stadt geliefert. Laut Plan sollte Offenbach im Jahr 2030 130.000 Einwohner:innen zählen. Im Jahr 2021 hat Offenbach die 140.000er Marke bereits geknackt. Es ist längst an der Zeit, zu überprüfen, ob der Masterplan überhaupt noch eine Aussagekraft für die Offenbacher Stadtentwicklung hat.

Als der Masterplan Ende 2015 vorgestellt und Anfang 2016 beschlossen wurde, gab es die klare Aussage, dass man ihn nach fünf Jahren evaluieren und gegebenenfalls fortschreiben würde. Im März dieses Jahres hat der Magistrat nun eine „Zwischenbilanz“ gezogen. Es sieht also ganz danach aus, als wollte man das Papier der Stadtverordnetenversammlung nicht zur Fortschreibung vorlegen – und das obwohl Plan und Wirklichkeit längst nicht mehr zusammenpassen. Hier kommt der Antrag ins Spiel, den wir mit FREIE WÄHLER der CDU und der Offenbach für alle-Fraktion gestellt haben. Wir wollen endlich eine Auswertung des Masterplans. Die Zukunft unserer Stadt wird nicht mit Plänen von gestern gemacht.

Offenbach ist in den letzten Jahren rasant gewachsen. Ein Bevölkerungsanstieg von mehr als 10.000 Menschen in nur sechs Jahren – das ist eine große Belastung für die Infrastruktur unserer Stadt. Wir brauchen Schulen, Kindergärten, Nahverkehr und Straßen. Das ist für eine finanziell benachteiligte Stadt wie Offenbach nicht einfach. Unsere Stadt muss sich derzeit jede Schule vom Mund absparen. Die Grundsteuer musste um satte 50% erhöht werden, um das Wachstum der Stadt

aufzufangen. Wir sollten immer auch die Grenzen des Wachstums im Auge behalten.

Solange der Masterplan ausgewertet wird, müssen die Planungen zu Waldhof-West ausgesetzt werden. Wir brauchen eine klare Analyse der Situation und müssen natürlich auch zwischen infrastrukturellen, ökologischen und sozialen Belangen abwägen. Die Frage ist: Kann sich unsere Stadt den Bau von Waldhof-West gegenwärtig leisten? Ein weiteres Wachstum der Stadt um ein gesamtes Viertel wird uns vor neue infrastrukturelle Herausforderungen stellen. Wir würden zudem ein ökologisch sehr wertvolles Gebiet verlieren. Waldhof-West ist eines der wenigen verbliebenen Kaltluftentstehungsgebiete in unserer Stadt. Jede Bebauung würde die ökologische Funktion des Areals untergraben. Natürlich müssen wir auch die Mietenkrise in unserer Stadt im Auge behalten. In Offenbach wurden in den letzten Jahren viele Wohnungen für Gutverdiener:innen gebaut. Die Chance, auch sozialen Wohnraum zu schaffen, wurde bei allen Bauprojekten vertan. Menschen mit geringem Einkommen werden verdrängt. Waldhof-West wird den verfehlten wohnungspolitischen Kurs der letzten Jahrzehnte nicht korrigieren. DIE LINKE will endlich eine effektive Regulation auf dem Wohnungsmarkt. Wir müssen die ökologische und die soziale Stadt immer zusammen denken.“



Die Koalition aus SPD, B'90/Die Grünen und FDP hat einen Änderungsantrag gestellt, in dem der Magistrat dazu aufgefordert wird, zu prüfen und zu berichten, welche Maßnahmen und Möglichkeiten vorhanden und ggf. investiert oder ergänzt werden müssen, um die Belegung der Notunterkünfte so gering wie möglich zu halten und mit welchen Maßnahmen Menschen in Notunterkünften, oder Menschen, die aus dem Frauenhaus oder einer Einrichtung für psychisch Kranke heraus eine eigene Wohnung suchen, unterstützt werden können.

## Wohnungen statt Notunterkünfte

In diesem Antrag haben wir gefordert, ein Konzept zu entwickeln, um die seit Jahren bestehende Überlastung der Notunterkünfte zu beenden. Insbesondere sollten die Möglichkeiten geprüft werden, dass eine städtische Stelle Wohnungen anmietet und sie an Menschen weitergibt, die seit längerem in Notunterkünften leben müssen oder dass die Stadt Vermieter:innen Mietgarantien bietet, wenn diese Wohnungen an Menschen vergeben, deren Suche längere Zeit erfolglos war. Das Konzept sollte auch Menschen einbeziehen, die aus dem Frauenhaus oder aus Einrichtungen für psychisch Kranke heraus eine eigene Wohnung suchen.

**Der Änderungsantrag  
der Koalition  
wurde mehrheitlich  
angenommen.**

## **Pressemitteilung zum Antrag**

*von unserer Stadtverordneten Marion Guth:*

„Die Notunterkünfte in Offenbach sind seit Jahren überlastet. Laut Sozialbericht mussten 2019 täglich 550 Menschen in Notunterkünften leben. Für die Betroffenen bedeutet das meist eine Unterbringung in Mehrbettzimmern. Die Möglichkeiten, Essen zu kochen sind stark eingeschränkt, Besucher:innen sind in der Regel nicht zugelassen. Das Leben in Notunterkünften stellt eine enorme Belastung dar, insbesondere, wenn Kinder im Haushalt leben. Für die Betroffenen ist das eine unzumutbare Situation.

Aus einer Notunterkunft heraus eine Wohnung zu finden ist meist schwierig, denn die Mieten sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen und die Stadt kann nur wenige Sozialwohnungen vorweisen. DIE LINKE fordert deshalb, dass die Stadt Wohnungen im mittleren Preisbereich anmietet und an Menschen weitergibt, die in Notunterkünften, dem Frauenhaus oder in Einrichtungen für psychisch kranke Menschen leben. Auch wenn diese Wohnungen etwas teurer sind als etwa die Mietobergrenzen der MainArbeit, lohnt sich die Anmietung. Manche Menschen müssen bis zu einem Jahr in Notunterkünften leben und die Übernachtungen werden pro Kopf abgerechnet. Für die Unterbringung einer vierköpfigen Familie entstehen der Stadt schnell hohe Kosten.

Unser Antrag schlägt dazu verschiedene Lösungen vor. Wichtig ist bei allen Varianten, dass die Betroffenen von pädagogisch geschultem Personal begleitet werden. Menschen, die ihre Wohnung verloren haben, stehen meist noch vor anderen Problemen. Das können Schulden sein, Probleme mit dem Jobcenter oder eine schwierige familiäre Situation. Für die Betroffenen türmen sich diese Hindernisse zu einem unüberwindlichen Berg.

Die meisten Menschen entwickeln dadurch Symptome einer Depression und öffnen zum Beispiel nicht mehr ihre Post, da sie die Ankündigung neuer Probleme befürchten. In dieser Situation brauchen sie professionelle Begleitung und Unterstützung.

Unser Antrag fordert, dass die Stadt Wohnungen anmietet und an die Betroffenen untervermietet. Dabei müssen auch Wohnungen einbezogen werden, die im mittleren Preissegment liegen, denn es gibt einfach zu wenige Wohnungen, die für Menschen mit geringem Einkommen bezahlbar sind. Die Differenz zur Höhe der Miete, die etwa von der MainArbeit übernommen wird, wird für den städtischen Haushalt durch die sinkenden Kosten für Notunterkünfte ausgeglichen.

Die Stadt kann auch Mietgarantien übernehmen, wenn Zweifel an der Zahlungsfähigkeit der Betroffenen bestehen. Für die Vermieter:innen werden so Bedenken gegenüber der Zahlungsfähigkeit der neuen Mieter ausgeräumt. In verschiedenen anderen Städten hat sich gezeigt, dass so insbesondere ältere Menschen als Vermieter:innen gewonnen werden können, die bisher den Aufwand scheuten, Mietwohnungen zu verwalten und Mieter:innen zu betreuen.

Die Stadt muss endlich handeln um die Menschen zu unterstützen, die wegen des Booms auf dem Immobilienmarkt keine bezahlbare Wohnung finden."



Die Koalition aus SPD, B'90/Die Grünen und FDP hat einen Ergänzungsantrag gestellt, der unserem Antrag den Zusatz der Sicherstellung einer begleitenden und kontinuierlichen Aufklärungs- und Präventionsarbeit, sowie die finanzielle Unterstützung des Modellprojektes durch den Bund und das Land Hessen zu berücksichtigen.

Der Ergänzungsantrag der Koalition wurde mehrheitlich angenommen

## **Cannabis-Modellprojekt – Offenbach geht voran**

Wir haben beantragt, dass die Stadtverordnetenversammlung sich für den Start eines Cannabis-Modellprojekts in Offenbach ausspricht und der Magistrat beauftragt wird, die Initiative für ein gemeinsames Modellprojekt zur Entkriminalisierung von Cannabis zu ergreifen und Gespräche mit der Stadt Frankfurt und der hessischen Landesregierung zu führen, um ein solches Projekt voranzubringen.

**Unser Ursprungsantrag  
wurde mehrheitlich  
angenommen.**

## Pressemitteilung zum Antrag

von unserem Fraktionsvorsitzenden Sven Malsy :

„Wir wollen ein Modellprojekt zur Entkriminalisierung von Cannabis in der Rhein-Main-Region. Unser Antrag sieht vor, dass der Offenbacher Magistrat Gespräche mit Frankfurt und dem Land Hessen aufnimmt, um ein solches Projekt zu realisieren. Im Rahmen des Modellprojekts könnten die Kommunen eigene Stellen für die legale und streng regulierte Abgabe zum privaten Gebrauch einrichten. Die Städte müssten hierfür Ausnahmegenehmigungen vom Betäubungsmittelgesetz beantragen.

Cannabiskonsum ist eine gesellschaftliche Realität. Dieser werden wir nicht durch Kriminalisierung, Verbot und Wegschauen gerecht. Wir brauchen eine geregelte Abgabe und präventive und sachliche Aufklärung der Bevölkerung. Letztlich geht es dabei auch um Fairness: Während der Besitz von Alkohol oder Tabak erlaubt ist, müssen Cannabiskonsumt:innen mit Repressionen rechnen. Untersuchungen belegen, dass Cannabis ein deutlich geringeres Abhängigkeitspotential birgt als etwa Alkohol, körperliche Entzugssymptome treten auch bei fortgesetztem Konsum nur selten auf. Medizinische Studien beschreiben die Auswirkungen des Cannabiskonsums insgesamt als deutlich weniger schädlich als den Konsum von Alkohol.

Die neue Koalition in Frankfurt möchte ebenfalls ein Modellprojekt auf den Weg bringen und möchte dazu auch mit den Umlandkommunen zusammenarbeiten. Die hessische Landesregierung hat ebenfalls schon öffentlich ihre Bereitschaft signalisiert, ein solches Projekt zu unterstützen. Offenbach sollte jetzt die Initiative ergreifen und auf das Land und ihre

Nachbarstadt zugehen. Einheitliche Regelungen in der gesamten Region sind ohnehin sinnvoll, denn Cannabis-Tourismus sollte vermieden werden.

Rechtlich gibt es im Betäubungsmittelgesetz die Möglichkeit für Einzelpersonen, Vereine oder auch Kommunen Ausnahmen zur Abgabe von Cannabis zu beantragen, wenn es dem Gemeinwohl dient. Eine kontrollierte Abgabe von Cannabis hätte einen großen gesellschaftlichen Nutzen. Zum einen müssten die Konsument:innen keine verschnittene Ware mehr kaufen. Zudem könnten mit den Einnahmen die bestehenden Suchtpräventions- und Informationsangebote zu Drogen ausgebaut werden. So könnte Abhängigkeit und Überkonsum effektiver vorgebeugt werden.

Zudem würde eine Entkriminalisierung den Druck von den überlasteten Gerichten und Polizeien nehmen. Die Justiz müsste weniger konzentrieren. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter etwa forderte bereits 2018, kleinen Drogendelikten nachgehen und könnte sich mehr auf organisierte Kriminalität das Cannabisverbot zu beenden, weil es »weder intelligent noch zielführend« sei.

DIE LINKE will eine Drogenpolitik, die sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientiert. Unser Ziel ist nicht die Dämonisierung einzelner Drogen – wir wollen Abhängigkeit und Fehlkonsum verhindern. Ein Modellprojekt zur legalen Abgabe in der Rhein-Main-Region wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung.“



Die Koalition aus SPD, B'90/Die Grünen und FDP hat einen Änderungsantrag gestellt, in dem der Magistrat ermitteln soll, inwieweit eine solche Schulungsreihe angeboten werden kann.

## Schulungsreihe für Kulturschaffende

Wir haben einen Antrag gestellt, eine Schulungsreihe für Kulturschaffende aufzusetzen. Die Schulungsreihe soll Fähigkeiten, die für Selbstständige in diesem Bereich wichtig sind („Wie erstelle ich eine Homepage?“, „Wie nutze ich Social Media?“, etc.), vermitteln.

Die Ofa-Fraktion hat einen Ergänzungsantrag gestellt, in dem gefordert wurde die Zielgruppe „Kulturschaffende“ mit „und Vorstände von gemeinnützigen Offenbacher Vereinen“ zu ergänzen und laut dem die Stadt einen Raum für die Schulungsreihe zur Verfügung stellt, die eine Teilnahme von mindestens 100 Personen ermöglicht.

**Der Änderungsantrag  
der Koalition  
wurde mehrheitlich  
angenommen.**

## **Pressemitteilung zum Antrag**

*von unserer Stadtverordneten Sophie Steiner:*

„Offenbach sollte seine Kulturschaffenden besser unterstützen. Gerade vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie ist es wichtig, dass die Stadt ihren Kreativen mehr unter die Arme greift. Unsere Fraktion will, dass Offenbach eine Schulungsreihe aufsetzt, um Kulturschaffenden Fähigkeiten für ihre Selbstständigkeit zu vermitteln.

Die Schulungen sollen unter anderem Inhalte zu Online-Auftritten vermitteln. Die einzelnen Themen könnten beispielsweise "Wie erstelle ich meine eigene Homepage" oder "Wie nutze ich Social Media" lauten. Solche Formate können helfen, die Internetpräsenzen der Offenbacher Kreativszene zu verbessern. So wäre den Künstler:innen und Musiker:innen geholfen und auch der Stadt Offenbach, denn sie sind alle Botschafter:innen für unsere Stadt. Darüber hinaus bieten sich Schulungen zur Akquise von Fördermitteln oder Buchhaltung an.

Eine eigene Offenbacher Schulungsreihe würde das Signal an die Offenbacher Kreativen senden, dass sie in dieser Pandemie nicht allein sind. Sie bereichern unsere Stadtgesellschaft mit Musik, Kunst und Kultur und genau deshalb sollten wir mehr für sie tun.

Offenbach wirbt viel mit dem Label ‚Kreativstadt‘, dem sollten wir nun auch gerecht werden und unsere Kulturschaffenden in dieser schwierigen Zeit - und darüber hinaus - besser unterstützen.“



Menstruationsprodukte auf öffentlichen Toiletten und weiterführenden Schulen

Zunächst gemeinsam mit den Fraktionen der CDU und Ofa, in der nächsten Stadtverordnetenversammlung zusätzlich mit den Fraktionen der SPD, B'90/Die Grünen und FDP, haben wir beantragt, der Magistrat solle prüfen, wie der freie Zugang zu Menstruationsprodukten in weiterführenden Schulen, auf öffentlichen Toiletten und in öffentlichen Gebäuden gewährleistet werden kann, inwiefern die Toiletten mit entsprechenden Aufbewahrungsmöglichkeiten ausgestattet werden können, welche Kosten hierfür entstehen und ob und ggf. wie die ermittelten Kosten über Dritte (Sponsoring, Fördervereine) finanziert werden können.

**Unser gemeinsamer Antrag wurde mehrheitlich angenommen.**

## **Pressemitteilung zum Antrag**

*von unserer Stadtverordneten Maike Reichartz:*

„Wir wollen, dass auf öffentlichen Toiletten auch Menstruationsprodukte zur Verfügung stehen. Deshalb haben wir zusammen mit der CDU und der OfA einen Antrag eingebracht, der die Bereitstellung durch die Stadt fordert. Dann steht neben jedem Seifenspender auch ein Spender für Tampons und Binden auf öffentlichen Toiletten in Offenbach. Das sollte einfach zur Ausstattung von Toiletten dazugehören.“

Die Debatte wurde von der Fraktion DIE LINKE in der Hamburger Bürgerschaft angestoßen. Dort hatte man Anfang des Monats bereits einen Antrag zur Bereitstellung kostenfreier Menstruationsprodukte gestellt, der dort nun in den Fachausschüssen beraten wird. Wir sind den Hamburger:innen sehr dankbar für ihre Initiative und freuen uns, einen ähnlich lautenden Antrag stellen zu können.

Optimal wäre aus unserer Sicht eine kostenfreie Bereitstellung der Menstruationsprodukte in den Toiletten. Der Magistrat soll deshalb prüfen, welche Finanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Eventuell finden sich Fördermöglichkeiten oder Sponsor:innen, die bereit sind das Vorhaben zu unterstützen.

Wichtig ist uns zudem, dass die Menstruationsartikel auch in weiterführenden Schulen zur Verfügung gestellt werden. Jugendlichen, die menstruieren, sollten wir Tampons und Binden bereitstellen, weil wir schon in der Schule der Stigmatisierung von Menstruation entgegenwirken sollten. Die freie Verfügbarkeit von Menstruationsprodukten soll allen Schüler:innen die Selbstverständlichkeit der Menstruation signalisieren.

Die Bereitstellung ist auch eine Frage der Geschlechtergerechtigkeit. Für Menschen, die

nicht menstruieren werden alle benötigten Körperpflegeprodukte auf den Toiletten selbstverständlich zur Verfügung gestellt. Dieser Benachteiligung von menstruierenden Menschen wollen wir entgegenwirken. Wir wünschen uns, dass Menstruationsprodukte auf öffentlichen Toiletten mit der gleichen Selbstverständlichkeit bereitstehen.“



Die Koalition aus SPD, B'90/Die Grünen und FDP hat einen Änderungsantrag gestellt, in dem der Stadtverordnetenvorsteher gebeten wird zu prüfen und zu berichten ob die Anfragen der Fraktionen und Stadtverordneten an den Magistrat, sowie die dazugehörigen Antworten, durch das Stadtverordnetenbüro nach Eingang umgehend veröffentlicht werden können und ob das Stadtverordnetenbüro – auf Grundlage von regelmäßig eingehenden Updates aus der städtischen Verwaltung – den jeweiligen Umsetzungsstand von Stadtverordnetenbeschlüssen veröffentlichen kann.

## Transparente Stadtpolitik: Ergänzungen im PIO

Gemeinsam mit den Fraktionen der CDU, FREIE WÄHLER und Ofa haben wir in diesem Antrag gefordert, das öffentlich zugängliche Politische Informationssystem Offenbach (PIO) zu ergänzen. So sollte der Magistrat bzw. die Verwaltung mindestens alle drei Monate eigenständig und unaufgefordert Updates zur Verfügung stellen, aus denen hervorgeht inwieweit die entsprechenden Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung bereits umgesetzt wurden. Außerdem sollten die Anfragen der Fraktionen und Stadtverordneten und die dazugehörigen Antworten im PIO veröffentlicht werden.

**Der Änderungsantrag der Koalition wurde mehrheitlich angenommen.**

## Pressemitteilung zum Antrag

von unserem Stadtverordneten Markus Philippi:

„Wir bauen das Politische Informationssystem (PIO) der Stadt Offenbach aus. Gemeinsam mit FREIE WÄHLER, CDU und OfA haben wir beantragt, dass das PIO zukünftig mehr Informationen enthält. Im PIO (<https://pio.offenbach.de>) sind alle Tagesordnungen und Drucksachen der Stadtverordnetenversammlung zu finden. Zukünftig soll man dort auch den Umsetzungsfortschritt der einzelnen Anträge und die Magistratsanfragen der Fraktionen einsehen können.

Offenbach hat ein sehr gutes und übersichtliches Ratsinformationssystem. Das PIO informiert alle Offenbacher:innen über die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung seit dem Jahr 2002. In zwei konkreten Punkten soll die Information der Bürger:innen verbessert werden.

Zum einen wollen wir, dass alle drei Monate der Umsetzungsstand der Anträge im PIO aktualisiert wird. Dann können alle Interessierten sehen, wann zum Beispiel endlich die Sondernutzungssatzung der Stadt überarbeitet wird oder wie weit das Modellprojekt zur legalen Cannabisabgabe gediehen ist. Häufig ist es vielen Bürger:innen unklar, wann ein Projekt vom Magistrat umgesetzt wird, deshalb finden wir es gut und richtig hier mehr Transparenz zu schaffen.

Ein weiteres Anliegen ist uns die Veröffentlichung von Magistratsanfragen im PIO. Bisher werden diese nämlich gar nicht veröffentlicht. Dabei stellen die Stadtverordneten Fragen, die alle Menschen in Offenbach interessieren. Wenn es beispielsweise um die Menge an Sozialwohnungen oder die Kosten für den

exklusiven Expertenrat Wirtschaftsförderung geht, dann sollten alle Bürger:innen darüber informiert werden.

Diese zusätzlichen Aufgaben bedeuten mehr Aufwand für das Stadtverordnetenbüro. Deshalb ist uns auch eine angemessene personelle und finanzielle Ausstattung des Büros an seine erweiterten Aufgaben wichtig.

Demokratie lebt davon, dass alle die Chance haben mitzumachen. Transparente Informationen sind da ungemein wichtig. Deshalb sollte unsere Stadt genau an dieser Stelle noch ein Stück durchsichtiger werden.“



Die Koalition aus SPD, B'90/Die Grünen und FDP hat einen Änderungsantrag gestellt, in dem der Magistrat dazu beauftragt wird, vor der Verabschiedung des Haushalts 2023 durch die Stadtverordnetenversammlung die Bürger:innen in angemessener Form über den Haushalt zu informieren sowie zu prüfen und zu berichten wie der städtische Haushalt für Bürger:innen transparenter und nachvollziehbarer gemacht werden kann.

## Haushalt 2022: Bürger:innen besser einbeziehen

In diesem Antrag haben wir gefordert, vor der Verabschiedung des Haushalts 2022 eine öffentliche Veranstaltung zur Präsentation des Haushaltsentwurfs inklusive einer Bürger:innen-Fragestunde durchzuführen wie der städtische Haushalt für Bürger:innen transparenter und nachvollziehbarer gemacht werden kann.

**Der Änderungsantrag  
der Koalition  
wurde mehrheitlich  
angenommen.**

## **Pressemitteilung zum Antrag**

*von unserem Fraktionsvorsitzenden Sven Malsy:*

Bürgernähe – etwas wofür sich die anderen Fraktionen ja auch stets aussprechen.“

„Der städtische Haushaltsplan ist ein Werk von gut tausend Seiten. Für interessierte Bürger:innen ist es schwer, sich durch diese Listen zu arbeiten. Dazu kommt, dass einige Punkte im Haushaltsplan nicht selbsterklärend sind, sondern erst durch Erläuterungen verständlich werden. Das zeigen auch die vielen Fragen, die von den Fraktionen vor der Haushaltssitzung eingereicht und von den zuständigen Ämtern beantwortet werden.

Mehrfach wurde bereits beschlossen, den Haushalt für die Bürger:innen dieser Stadt transparenter zu machen. Zum Beispiel durch eine öffentliche Haushaltspräsentation, oder durch eine Kontaktmailadresse für Bürgervorschläge. Passiert ist davon bisher nichts. Mit unserem Antrag wollen wir erreichen, dass es von nun an eine öffentliche Veranstaltung zum Haushaltsentwurf gibt, bei der Bürger:innen die Gelegenheit haben, Fragen zu stellen und auf Missstände hinzuweisen.

Bürgertransparenz ist im Moment besonders wichtig, denn es kommen schwierige Zeiten auf uns zu: Eine massive Kürzung des ÖPNVs wurde von der Koalition bereits beschlossen. Danach wurde bekannt, dass uns 15 Millionen Euro aus dem Kommunalen Finanzausgleich fehlen. Es wird also noch mehr gekürzt und auch eine Grundsteuererhöhung wird von Seiten der Kämmerei nicht mehr ausgeschlossen.

Wir wollen mit unserem Antrag dafür sorgen, dass Missverständnisse zum Haushalt aufgeklärt, aber vor allem auch Missstände angesprochen und neue Ideen wahrgenommen werden.

Budgetentscheidungen sollen für jeden nachvollziehbar sein.  
Unser Ziel ist greifbare Demokratie und



## Erhalt des Wasserhäuschens am Starkenburgring 68

Wir haben beantragt, der Magistrat möge prüfen und berichten, ob und wie der historisch und kulturell wertvolle Kiosk am Starkenburgring 68 in die bestehende Planung der Neugestaltung des Grünrings einbezogen werden kann. Sämtliche Schritte zum Abriss des Gebäudes sollen bis zur Vorlage und Beschlussfassung über das weitere Vorgehen zurückgestellt werden. Die Möglichkeit zum Weiterbetrieb des Gebäudes und der darin befindlichen Institutionen ist sicherzustellen.

**Unser Antrag  
wurde mehrheitlich  
angenommen.**

## **Pressemitteilung zum Antrag**

*von unserem Fraktionsvorsitzenden Sven Malsy:*

„Wir wollen das urtypische Wasserhäuschen am Klinikum erhalten. Wir müssen dringend etwas gegen die Verdrängung von Wasserhäuschen, Trinkhallen und Kiosken in unserer Stadt tun, denn sie sind ein Teil der Offenbacher Identität und Geschichte.“

Die Pläne der Stadt sehen vor, das Wasserhäuschen zugunsten eines Parks abzureißen – das wollen wir verhindern. Das grüne Ringnetz, das am Starkenburgring entstehen soll ist ein schönes stadtplanerisches Projekt und wir unterstützen es ausdrücklich. Es ist gut, dass die grüne Infrastruktur in unserer Stadt ausgebaut wird. Wir glauben aber, dass sich das urtypische Wasserhäuschen sehr gut in das Ringnetz integrieren lässt. Es könnte als Pforte zum dahinterliegenden Park dienen und kulturelle oder ökonomischen Nutzung zugeführt werden. Denkbar wäre ein Park-Café mit Außenbereich, eine Ausleihstation für Spielgeräte für den Park oder eine Kombination aus beidem.

Offenbach war schon immer die Stadt der Kioske, Trinkhallen und Wasserhäuschen, sodass Offenbach auch mal als Wasserhäuschen-Hauptstadt gehandelt wurde. Da das Leitungswasser zu Zeiten der Industrialisierung nicht sauber war, griffen viele Arbeiter:innen zu alkoholischen Getränken. Wasserhäuschen waren ursprünglich wichtige gesundheitspolitische Institutionen, denn Arbeiter:innen konnten dort frisches Mineralwasser trinken. Die letzten Offenbacher Wasserhäuschen erinnern an diese Geschichte.

Wie die lokale Presse aufgezeigt hat, ist das Wasserhäuschen am Klinikum historisch sogar noch bedeutender. Einerseits wurden 1972 dort zwei RAF-Mitglieder verhaftet, andererseits

diente es als Behelfsheim für traumatisierte Offenbacher:innen während des und nach dem Zweiten Weltkrieg. Wir sollten der ereignisreichen Geschichte des Wasserhäuschens gedenken.

Für die Fraktion DIE LINKE ist das Wasserhäuschen am Starkenburgring 68 ein beeindruckendes Denkmal der Offenbacher Geschichte und es sollte in jedem Fall erhalten bleiben. Zum Glück gab es jetzt schon erste positive Signale aus dem Amt, dass das Wasserhäuschen erhalten bleiben kann.“



Die Koalition aus SPD, B'90/Die Grünen und FDP hat einen Änderungsantrag gestellt, in dem die Stadtverordnetenversammlung dazu aufgefordert wird, sie möge sich zum Zukunftskonzept Innenstadt bekennen. Die Stadtverordnetenversammlung soll bereits angelaufene Initiativen zum Thema Zwischennutzung unterstützen. Außerdem möchte die Koalition, dass die derzeit vorhandenen Mittel und personellen Ressourcen auf die zuletzt beschlossenen Projekte „Umnutzung des Rathauspavillons“, „Kaufhaus Kosmopolis“ und „Station Mitte“ konzentriert werden.

## Nutzungsagentur für Offenbach

Gemeinsam mit den Fraktionen der CDU, FREIE WÄHLER und Ofa haben wir einen Antrag gestellt, in dem der Magistrat beauftragt wurde, zu prüfen und zu berichten wie in Offenbach die Einrichtung einer Nutzungsagentur für gewerblichen Leerstand in Offenbach möglich wäre. Dabei ging es insbesondere darum, wie viel die Einrichtung einer solchen Agentur kosten und wo sie angesiedelt werden könnte, welche Fördermittel bereitstünden und wie eine Einbindung in die laufenden Anstrengungen der Stadt zur Verringerung des Leerstands in Offenbach möglich wäre.

**Der Änderungsantrag  
der Koalition  
wurde mehrheitlich  
angenommen.**

## **Pressemitteilung zum Antrag:**

*Die Fraktionen CDU, FREIE WÄHLER, Ofa und DIE LINKE haben zur nächsten Stadtverordnetenversammlung einen Antrag eingebracht, der den Magistrat auffordert, die Einrichtung einer Nutzungsagentur für Leerstand in Offenbach zu prüfen. Die Nutzungsagentur soll leerstehende Gewerbeflächen an Initiativen vermitteln, die Räumlichkeiten suchen. Der Antrag sieht vor, dass sich die Agentur einerseits die Zwischennutzungsagentur aus Wuppertal zum Vorbild nimmt, wo innerhalb von nur einem Jahr 20 Zwischennutzungen und sechs Dauervermietungen vermittelt werden konnten. Zudem soll sich die Nutzungsagentur auch am Bereichsmanagement der Neuen Frankfurter Altstadt orientieren mit dem Ziel eine langfristige Strategie gegen leerstehende Gewerbeflächen zu erarbeiten. Wichtig ist den Fraktionen, dass der Leerstand nachhaltig reduziert wird und sich speziell in der Innenstadt attraktive Nutzungskonzepte etablieren. Die Stadtverordnete Sophie Steiner (DIE LINKE.) dazu:*

„In Offenbach gibt es viele Gruppen, die dringend Räume benötigen und auch viel Leerstand, der niemandem nützt. Die Nutzungsagentur wird die Schnittstelle zwischen Vermieter:innen und Galerien, Graswurzeln-Initiativen oder Pop-up-Stores. Sie soll den Eigentümer:innen die Hemmungen nehmen auch an kleinere Initiativen zu vermieten.“

Dr. Annette Schaper-Herget, Stadtverordnete der Ofa-Fraktion ergänzt: „Wir brauchen Orte, an denen sich Leute treffen können, ohne dass dafür viel Geld nötig ist. Viele Künstler:innen und Initiativen suchen Begegnungen. Diese Orte können unsere Stadt beleben und liebenswerter machen.“

Roland Walter, CDU-Fraktionsvorsitzender weiter: „Es ist wichtig, bestehende Immobilien bei Planungen stärker zu berücksichtigen, anstatt sich immer nur auf neue Projekte zu fokussieren. Die Nutzungsagentur kann positive Wirkung zur Qualitätssicherung und Qualitätsverbesserung auf die gesamte Innenstadt haben.“

# Haushaltsbegleitanträge

Nachfolgend findest du Informationen zu unseren Haushaltsbegleitanträgen.



Außerdem sollte geprüft werden, wie hoch die städtischen Einnahmen durch Besteuerung von leerstehenden Wohnflächen und Gewerbeflächen ausfallen würden und wie diese zur Schaffung von preisgünstigem Wohnraum genutzt werden könnten.

Härtefallregelungen, die zum Beispiel die Besteuerung im Falle von Tod, Krankenhausaufenthalt oder Eigentümer:innenwechsel ausschließen, sollten ebenfalls berücksichtigt werden.

## Kommunale Abgabe für Leerstand

Wir haben beantragt, dass der Magistrat prüft und berichtet, wie in Offenbach zur Bekämpfung des (spekulativen) Leerstands anhand einer Abgabensatzung eine Aufwandssteuer für leerstehende Immobilien eingeführt werden kann.

Insbesondere sollte geprüft werden, inwiefern die Besteuerung von Wohn- und Gewerbeimmobilien rechtlich möglich wäre und welche weiteren rechtlichen Voraussetzungen eine entsprechende Satzung erfüllen müsste.

**Unser Antrag  
wurde mehrheitlich  
abgelehnt.**

**Pressemitteilung zum Antrag**  
von unserer stellvertretenden  
Fraktionsvorsitzenden Gizem Erinç-Çiftçi:

„Wir müssen den Leerstand in Offenbach besser regulieren. Jede Wohnung, die in unserer Stadt leer steht, ist eine Wohnung zu viel. Zudem sind in unserer Stadt zu viele Laden- und Büroflächen verwaist. Eine kommunale Abgabe für Leerstand könnte einen starken Anreiz für Eigentümer:innen von Immobilien setzen, die Flächen zu vermieten. Deshalb soll der Magistrat prüfen, wie man eine solche Abgabe in unserer Stadt umsetzen könnte.

Wie viele Wohnungen in Offenbach leer stehen, wird vom Magistrat leider nicht erhoben. Es kann also niemand genau wissen, wie groß das Problem eigentlich ist. Unsere Fraktion weiß aber von Fällen, bei denen nicht nur einzelne Wohnungen, sondern ganze Häuser leer stehen. Uns sprechen immer wieder Leute an, die das Problem kennen und die empört sind darüber, dass Wohnungen teilweise über Jahre hinweg nicht bewohnt werden. Die Stadt muss hier mehr tun.

Manchmal wird Wohnraum sogar zu Spekulationszwecken leer stehen gelassen. Wenn die Wohnungen verkauft werden sollen, bringen sie leer deutlich mehr Geld, als wenn sie noch vermietet sind. Wir wissen von einem Haus im Nordend in dem gleich mehrere Wohnungen leer stehen. So etwas müssen wir verhindern. Wenn in Offenbach mit Wohnraum spekuliert wird, dann soll die Stadt zumindest daran mitverdienen, um die negativen Folgen, die der ineffiziente Verbrauch von Flächen mit sich bringt, auszugleichen. Das macht die Stadt beispielsweise schon bei der Zweitwohnungssteuer. Der Stadt entsteht durch die doppelte Belegung von Wohnungen ein

besonderer Aufwand, den sie legitimer Weise mittels einer Abgabe reguliert.

In einer Anfrage der SPD aus dem letzten Jahr, gibt der Baudezernent an, keine Möglichkeiten zu haben, gegen Wohnungsleerstand vorzugehen. Unsere Fraktion präsentiert nun eine gute und einfache Möglichkeit, das zu tun. Eine kommunale Abgabe für Wohnungsleerstand wird sogar vom wissenschaftlichen Dienst des Bundestags explizit als Möglichkeit zur Regulierung von Wohnungsleerstand genannt.<sup>1</sup> Unsere Fraktion ist überzeugt, dass wir so die Auswüchse des Wohnungsleerstands effektiv bekämpfen können. In einzelnen Fällen kann es vorkommen, dass wegen Krankheit oder Tod Wohnraum leer steht. Deshalb sollte eine entsprechende Satzung auch Härtefallregelungen für diese Fälle vorsehen. Auch das ist Bestandteil unseres Prüfantrags.

Unsere Fraktion beantragt auch die Prüfung der Abgabe für leerstehende Gewerbeflächen. Dort haben wir genaue Zahlen. Der Flächenreport 2020 beziffert den Leerstand an Büroflächen auf 112.693 m<sup>2</sup>, den von Ladenflächen auf immerhin 8934 m<sup>2</sup>. Das ist ziemlich viel. Der City-Tower ist beispielsweise nach wie vor ein Geisterhaus und bisher konnte die Stadt auf den Leerstand wenig Einfluss nehmen. In dieser repräsentativen Immobilie steckt so viel Potenzial, das unserer Stadt nicht zugutekommt, weil es sich mehr lohnt ist, die Flächen leer stehen zu lassen, als sie zu vermieten. Mit einer kommunalen Abgabe könnte die Stadt einen Hebel ansetzen, um die Vermietung zu beschleunigen. Die Stadt Offenbach ist eine Solidargemeinschaft, zu der auch die Hausbesitzer:innen beitragen. Wenn sie ihre Immobilien aber ohne triftigen Grund leer stehen lassen, sollten wir das unterbinden - denn Eigentum verpflichtet.“



## MainArbeit in nachbarschaftlichen Sozialräumen ansprechbar machen

Wir haben beantragt den Magistrat zu beauftragen, darauf hinzuwirken, dass die MainArbeit gemäß § 18 SGB II ihre Präsenz in den nachbarschaftlichen Sozialräumen im lebensnahen Umfeld der Leistungsberechtigten erhöht. Ziel ist es einerseits eine engere Zusammenarbeit und Vernetzung mit anderen Einrichtungen, Trägern und Hilfsangeboten herzustellen, andererseits eine verbesserte Inanspruchnahme von Leistungen zum Abbau von Vermittlungshemmnissen durch die Berechtigten herbeizuführen.

**Unser Antrag wurde mehrheitlich angenommen.**

## **Pressemitteilung zum Antrag**

*von unserem Fraktionsvorsitzenden Sven Malsy:*

„Der Gang zur MainArbeit ist für viele Leistungsberechtigte mit großen Ängsten verbunden. Wenn ihnen dann Hilfsangebote wie Fortbildungen oder Beratungsgespräche zu ihrer allgemeinen Lebenssituation unterbreitet werden, fällt es ihnen oft schwer, die angebotene Unterstützung zu akzeptieren. Das ist problematisch, da sich besonders bei Langzeitarbeitslosen meist verschiedene persönliche Faktoren zu komplexen Problemsituationen verbinden. Wenn jemand etwa Kinder und dazu noch pflegebedürftige Angehörige hat, ist die Vermittlung in Erwerbsarbeit deutlich erschwert. Und wenn man in dieser Situation das Arbeitslosengeld gekürzt bekommt, weil man einen Termin versäumt hat, entwickelt man leicht eine regelrechte Schwellenangst.

Diese Angst kann überwunden werden, wenn das Jobcenter nicht nur im Gebäude der MainArbeit ansprechbar ist, sondern auch im lebensnahen Umfeld der Leistungsberechtigten präsent ist und niedrigschwellige Beratung anbietet. Denkbar ist, dass in den Stadtteilbüros zu bestimmten Zeiten Informationsgespräche, beispielsweise zum Bildungs- und Teilhabepaket stattfinden.

Die Berater der MainArbeit bekommen so einen umfassenderen Eindruck von der tatsächlichen Lebenssituation und den individuellen Problemlagen der Leistungsberechtigten. Durch diesen fachlichen Erkenntnisgewinn können sie die Qualität ihrer Unterstützungsmaßnahmen verbessern. Gleichzeitig kann so die Inanspruchnahme von Leistungen durch die Leistungsberechtigten deutlich gesteigert werden.

Eine Kooperation der MainArbeit mit den Stadtteilbüros oder mit anderen Einrichtungen, etwa Bildungsträgern, Einrichtungen zur Gesundheitsförderung oder Beratungsstellen ist sinnvoll, weil eine intensivere Vernetzung und Zusammenarbeit die Effizienz der Arbeit der verschiedenen beteiligten Akteure steigert. Durch regelmäßige Kontakte zwischen den verschiedenen Trägern und Einrichtungen können leichter passgenaue Hilfen vermittelt werden, komplexe Fälle können in Fallkonferenzen besprochen werden.

Die MainArbeit erhält dabei die Möglichkeit, sich in soziale Hilfenetzwerke einzubringen und sich an Projekten und Prozessen der Quartiersentwicklung zu beteiligen. Ziel unseres Antrags ist einerseits, eine engere Zusammenarbeit und Vernetzung mit anderen Einrichtungen, Trägern und Hilfsangeboten herzustellen, andererseits eine verbesserte Inanspruchnahme von Leistungen zum Abbau von Vermittlungshemmnissen durch die Berechtigten herbeizuführen.“



Das Programm soll regelmäßig evaluiert werden, um auf Grundlage dieser Evaluation über die Fortführung und Entwicklung des Programms zu entscheiden. Besonders am Herzen lag uns hierbei, die jungen weiblichen Stadtverordneten bei ihrer tollen Idee zu unterstützen. Aus unserer Fraktion nehmen Gizem Erinç-Çiftçi, Sophie Steiner und Maike Reichartz als Mentorinnen an dem Programm teil.

## Empowerment durch politisches Mentoring für Mädchen und junge Frauen in Offenbach

Gemeinsam mit den Fraktionen der SPD, B'90/Die Grünen, FDP und Ofa, haben wir einen Antrag gestellt, in dem die Stadtverordneten darum gebeten wurden zu beschließen, dass im Jahr 2022 das Programm „Empowerment durch politisches Mentoring für Mädchen und junge Frauen in Offenbach“ stattfinden soll. Ziel des Programms ist es, junge Frauen und Mädchen aus Offenbach für (Kommunal-)Politik zu begeistern und diese in einem Mentorinnen-Programm mit den jungen weiblichen Stadtverordneten zu vernetzen.

Organisatorisch soll das Programm an das Stadtverordnetenbüro angegliedert und mit einem Budget in Höhe von 3000 € ausgestattet werden.

**Unser gemeinsamer Antrag wurde mehrheitlich angenommen.**



## Gemeinsame Pressemitteilung:

Stadtverordnete legen Grundstein für politisches Empowerment für Frauen und Mädchen

Junge, weibliche Stadtverordnete haben sich über Fraktionsgrenzen hinaus zusammengeschlossen, um ein gemeinsames Programm zum Empowerment von Frauen in der Politik auf den Weg zu bringen. Mit dem Programm „Empowerment durch politisches Mentoring für Mädchen und junge Frauen in Offenbach“ wollen die Stadtverordneten Basak Taylan-Kiran, Hülya Selçuk-Tuna, Dr. Sabrina Engelmann, Natascha Kabir (Bündnis 90/Die Grünen), Kim Sarah-Speer (CDU), Julia Endres (Ofa), Anja Kofahl (FDP), Gizem Erinç-Çiftçi, Maike Reichartz, Sophie Steiner (DIE LINKE.), Helena Wolf, Lauren Schabacker, Yasmin Mahlow-Vollmuth, Hibba Kauser (SPD) in Zusammenarbeit mit der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Frau Dr. Inga Halwachs Akzente setzen und auf ein wesentliches Problem in der Politik hinweisen. „Frauen sind immer noch unterrepräsentiert in der politischen Landschaft. Das ist ein Zustand, den wir so nicht mehr hinnehmen können oder

wollen“, erklären die Initiatorinnen. Das Programm soll Mitte 2022 an den Start gehen. Ein Konzept ist in Zusammenarbeit mit Frau Dr. Halwachs und dem Stadtverordnetenbüro in Erarbeitung. „Wir siedeln unser Empowerment Programm am Stadtverordnetenbüro an und sind sowohl dem Büro, hier namentlich Frau Waltraud Schäfer und Frau Winta Mehari, als auch Frau Dr. Inga Halwachs dankbar für die gute Zusammenarbeit“, so die Stadtverordneten. „Ich freue mich über diese Kooperation und die Chance, mit diesem Projekt Mädchen in Offenbach für Politik zu begeistern, denn die Mädchen heute sind die Gestalterinnen der Gesellschaft von Morgen“, so Inga Halwachs. Mit dem Mentoring-Programm soll eine Verknüpfung zwischen jungen weiblichen Politikerinnen und interessierten Frauen und Mädchen geschaffen werden. Die Stadtverordneten erläutern: „Hierbei wollen wir ein Kennenlernen, Begegnungen und Bekanntschaften möglich machen. Darüber hinaus wollen wir Mentorinnen für junge Frauen und Mädchen sein, wir wollen sie in die politische Welt einführen, zu Sitzungen und ins Parlament mitnehmen, sie unterstützen mit Workshops und empowern, damit sie in 5 Jahren selber für die Wahl kandidieren oder in anderen politischen Bereichen aktiv werden können.“ Was sie verbinden würde, seien die Kommentare, das diskriminierende Verhalten und der Umgang in Gesellschaft und Politik, den sie als Frauen erleben. „Aber wir erleben trotz dessen auch wie stärkend es sein kann, wenn wir als Frauen zusammenstehen und uns gegenseitig ermutigen. Wir machen deshalb gemeinsam den Beginn in die richtige Richtung.“ Der Haushaltsänderungsantrag wurde mit der Mehrheit der Stimmen von den Fraktionen der Grünen, CDU, Ofa, FDP, DIE LINKE. und SPD angenommen.

# Haushalt 2022

Auch in diesem Jahr musste ein Haushalt beschlossen werden. Neben den üblichen Beschwerden über unzureichende Mittelausstattung und deutlich zu geringe soziale Leistungen war unser Aufregerthema des Jahres die massive Kürzung im ÖPNV.

Wir haben uns immer und deutlich gegen die Zusammenstreichung des Busverkehrs in Offenbach ausgesprochen. Im Rahmen der Haushaltsrede haben wir die Stadtverordneten auf eine Busfahrt von Bieber-Waldhof bis nach Bürgel mitgenommen und im Zuge dessen auf einige Probleme und Auffälligkeiten hingewiesen.

Des Weiteren haben wir zwei Haushaltsbegleitanträge in die Sitzung eingebracht. (siehe Seite 36 und 38)

Neben der Auseinandersetzung um konkrete Zahlen spielten auch erneut grundsätzliche Erwägungen im Bereich der Finanzierung des Haushaltes der Stadt Offenbach eine große Rolle.

Als Fraktion DIE LINKE. Offenbach-Stadt haben wir insbesondere für 4 Dinge plädiert, die aus unserer Sicht die Grundlage für stabile Finanzen in Offenbach sein müssen.

1. Die Finanzverteilung muss gerecht werden.

Das heißt: Bund und Länder müssen die Kosten für von ihnen an die Stadt Offenbach delegierten Aufgaben komplett übernehmen. Im Moment sind die Ausgaben deutlich höher als der zur Verfügung gestellte Ausgleich.

2. Ablösung aller Altschulden und ein vollständiger Schuldenschnitt für Offenbach.

Das heißt: Wir waren über Jahrzehnte dazu gezwungen Kredite in großem Umfang in Anspruch zu nehmen. Nun zahlen wir eine erhebliche Last an Zinsen und Rückzahlungsverpflichtungen, während andere Kommunen bereits in ihre Zukunft investieren können. Während andere Städte ein Spaßbad nach dem Anderen auf die Wiese stellen, kämpfen wir darum eine alte Traglufthalle erhalten zu können. Und auch mit Blick auf die noch entstehenden Kosten im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie ist noch einmal ein besonders scharfer Blick auf die Altschulden zu werfen. Wir sind für einen Neuanfang in Sachen kommunale Finanzen. Für alle.

3. Wir brauchen richtige Investitionsprogramme.

Das heißt: Wir erkennen an, dass wir einen hohen Nachholbedarf im Bereich der Investitionen in Offenbach haben. Wir beteiligen uns schon umfassend an Förderprogrammen in nahezu allen Bereichen. Um den Rückstau an Investitionen jedoch wirklich aufzuholen brauchen wir 100%ige Förderprogramme für zukunftsfähige Investitionen.

4. Wir sollten die ungleiche Besteuerung angehen.

Das heißt: Städte sind in Konkurrenz zueinander gebracht, um Grundsteuer, Gewerbesteuer und andere kommunale Abgaben. Als DIE LINKE. Fraktion Offenbach-Stadt sind wir der Meinung, dass Steueroasen der Kampf angesagt werden muss. Wir können nicht akzeptieren, dass reiche Kommunen mit niedrigen Gewerbesteuersätzen anderen Städten die Grundlagen entziehen.

Auch das Thema Transparenz spielte in der Haushaltsberatung eine zentrale Rolle. In der vorangegangenen Sitzung hatte DIE LINKE. Fraktion Offenbach-Stadt einen Antrag zur Schaffung von mehr Transparenz gestellt.

Die vollständige Haushaltsrede für eine tiefere Auseinandersetzung mit dem Thema findest du hier:







## Notizen:

Jahresrückblick 2021 der Fraktion  
DIE LINKE. Offenbach-Stadt  
Dezember 2021

Impressum:  
DIE LINKE. Fraktion Offenbach-Stadt  
Berliner Str. 100  
63065 Offenbach am Main  
Telefon: 069 8065 2922

[die-linke-fraktion@offenbach.de](mailto:die-linke-fraktion@offenbach.de)  
[www.die-linke-of-stadt.de](http://www.die-linke-of-stadt.de)  
V.i.S.d.P. Sven Malsy  
Fraktionsvorsitzender

Hast du Fragen, Anregungen oder Kritik? Dann  
melde dich gerne jederzeit bei uns.

the  $\mathbb{R}^n$  space. The  $\mathbb{R}^n$  space is a vector space over the real numbers, and the  $\mathbb{R}^n$  space is a vector space over the real numbers.

The  $\mathbb{R}^n$  space is a vector space over the real numbers, and the  $\mathbb{R}^n$  space is a vector space over the real numbers.

The  $\mathbb{R}^n$  space is a vector space over the real numbers, and the  $\mathbb{R}^n$  space is a vector space over the real numbers.

The  $\mathbb{R}^n$  space is a vector space over the real numbers, and the  $\mathbb{R}^n$  space is a vector space over the real numbers.

The  $\mathbb{R}^n$  space is a vector space over the real numbers, and the  $\mathbb{R}^n$  space is a vector space over the real numbers.

The  $\mathbb{R}^n$  space is a vector space over the real numbers, and the  $\mathbb{R}^n$  space is a vector space over the real numbers.

The  $\mathbb{R}^n$  space is a vector space over the real numbers, and the  $\mathbb{R}^n$  space is a vector space over the real numbers.

The  $\mathbb{R}^n$  space is a vector space over the real numbers, and the  $\mathbb{R}^n$  space is a vector space over the real numbers.

The  $\mathbb{R}^n$  space is a vector space over the real numbers, and the  $\mathbb{R}^n$  space is a vector space over the real numbers.

The  $\mathbb{R}^n$  space is a vector space over the real numbers, and the  $\mathbb{R}^n$  space is a vector space over the real numbers.

The  $\mathbb{R}^n$  space is a vector space over the real numbers, and the  $\mathbb{R}^n$  space is a vector space over the real numbers.